

ZYPERN

Gewerkschaftsmonitor

November 2019

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Das Jahr 2018 war von einem Stillstand in der Zypernfrage geprägt. Die Verhandlungen mit der Zielsetzung, die Teilung der Insel im Rahmen einer internationalen Konferenz in Crans Montana in der Schweiz zu überwinden, scheiterten im Juli 2017 auf der Zielgeraden. Seitdem gelangten die Bemühungen zur Lösung der Zypernfrage, über Vorbesprechungen bezüglich der Aufnahme neuer Verhandlungen, nicht hinaus. Gegen Ende des Jahres sprach sich der Führer der griechisch-zypriotischen Volksgruppe und Präsident der Republik Zypern Nikos Anastasiades, gegen die politische Gleichberechtigung der türkischen Zyprioten aus, die seit 1974 die Grundlage für alle Schlichtungsansätze gebildet hatte. Darüber hinaus befürwortete er anstelle des bisherigen Lösungsmodells, d. h. der bizonalen Föderation mit zwei Volksgruppen, eine lockere Föderation mit relativ schwacher Zentralregierung. Daher standen die Anzeichen für eine Wiedervereinigung der Insel zum Jahresende alles andere als gut. Was die Innenpolitik betrifft, war das wichtigste Ereignis des Jahres 2018 die Wiederwahl von Nikos Anastasiades (DISY) zum Präsidenten der Republik Zypern. Erwartungsgemäß gewann er am 4. Februar im zweiten Wahlgang gegen Stavros Malas, den profillosen Kandidaten der kommunistischen AKEL Partei.

2018 gab es in der vorwiegend griechisch-zypriotischen Republik Zypern keine tiefgreifenden Reformen im Bereich des individuellen bzw. kollektiven Arbeitsrechts oder der Sozial- und Beschäftigungspolitik. Die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände bekundeten weiterhin ihre unterschiedlichen Ansichten in Bezug auf verschiedene Fragen, wobei ihr Verständnis der aktuellen Lage des Arbeitsmarktes im Vordergrund stand. Während sich die Gewerkschaften in diesem Zusammenhang erneut dafür aussprachen, dass zusätzliche Rechtsvorschriften erforderlich seien, um Mindeststandards für die schutzbedürftigsten Arbeitnehmer_innen zu gewährleisten, wiesen die Arbeitgeberverbände auf den Rückgang der Arbeitslosigkeit und die Stabilisierung der wirtschaftli-

chen Lage hin. Gleichzeitig warnten sie, dass man diese Prozesse keinen Risiken aussetzen dürfe.

Anfang 2018 wurden in der Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ)¹ vorgezogene Parlamentswahlen abgehalten, die zu der vierten Regierungsbildung innerhalb von vier Jahren führten. Die Mitte-Rechts-Parteien UBP und DP gaben dem zunehmenden innenpolitischen Druck nach und stimmten vorgezogenen Neuwahlen im Januar 2018 zu. Die Partei der Nationalen Einheit (National Unity Party – UBP) ging mit 35,37 % der Wählerstimmen bzw. 21 Parlamentssitzen als Sieger aus den Wahlen hervor, die Stimmen reichten jedoch nicht um eine Ein-Parteien-Regierung zu bilden. Die Republikanische Türkische Partei (Republican Turkish Party – CTP) belegte mit 20,97 % der Wählerstimmen (bzw. 12 Sitzen) den zweiten Platz, gefolgt von der Volkspartei (People's Party – HP) mit 17,1 % der Wählerstimmen (9 Sitzen), der Sozialdemokratischen Partei (Social Democratic Party – TDP) mit 8,61 % der Stimmen (3 Sitzen), der Demokratischen Partei (Democratic Party – DP) mit 7,83 % der Stimmen (3 Sitzen) und der Partei der Wiedergeburt (Rebirth Party – YDP) mit 6,96 % der Stimmen (2 Sitzen). Damit haben es zum ersten Mal sechs Parteien geschafft, die 5 %-Hürde, die für den Einzug in die türkisch-zypriotische Legislativversammlung mit ihren 50 Sitzen vorgesehen ist, zu überwinden. Obwohl ursprünglich der Fortbestand einer von der UBP geführten Koalitionsregierung als selbstverständlich vorausgesetzt worden war, änderte sich die Stimmung, als sich die CTP, HP und TDP alle strikt gegen die Bildung einer Koalition mit der UBP aussprachen (unter Bezugnahme auf Korruptionsvorwürfe gegen mehrere Abgeordnete).

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Republik Türkei anerkannt. Während Mustafa Akinci für die Türkei und die türkischen Zyprioten das Amt des Präsidenten der TRNZ bekleidet, gilt er für die internationale Gemeinschaft als kommunales Oberhaupt der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft. Nachdem die Regierung der Republik Zypern weiterhin auf internationaler Ebene als Regierung der gesamten Insel anerkannt wird, wird erachtet, dass die ganze Insel Zypern Mitglied der Europäischen Union ist. Dabei ist allerdings der *acquis communautaire* im Nordteil Zyperns bis zur politischen Regelung der Zypernfrage ausgesetzt (siehe dazu Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrags).

te der UBP sowie auf weitere Unregelmäßigkeiten während der Regierungszeit der UBP). So blieben schließlich nur zwei mögliche Koalitionsszenarien: Eine Drei-Parteien-Regierung der drei Rechtsparteien UBP, DP und YDP oder eine Vier-Parteien-Koalition der CTP, HP, TDP und DP. Damit wurde der Präsident der DP, Serdar Denktas, wieder einmal zum »Königsmacher«. Schließlich entschied sich Denktas für die zweite Alternative und so kam es erstmals zur Bildung einer Vier-Parteien-Regierung: Der Führer der Mitte-Links-Partei CTP, Tufan Erhurman, wurde zum neuen Ministerpräsidenten ernannt und der ehemalige Chefunterhändler der türkischen-Zyprioten in der Zypernfrage Kudret Ozersay, zu seinem Stellvertreter.

Was die Wirtschaft angeht, führte der Wertverlust des türkischen Pfunds zu einem erheblichen Wohlstandsverlust im Norden der Insel, da viele türkische Zyprioten zwar ihr Gehalt in türkischer Währung beziehen, aber dennoch einen Großteil ihrer Ausgaben in Euro tätigen müssen. Darüber hinaus gingen die Geldüberweisungen aus der Türkei beinahe um die Hälfte zurück. Von 930 Mio. TL im Jahre 2017 auf 487 Mio. TL im Jahre 2018. Dennoch ließ weder der generelle politische Einfluss Ankaras, noch die Hartnäckigkeit, mit der man an der Umsetzung der Sparpolitik festhielt, nach.

In Zusammenhang mit der Zypernfrage wurde der Führer der türkisch-zypriotischen Gemeinschaft, der Präsident der international nicht anerkannten TRNZ Mustafa Akinci, dessen Verantwortung auf die Führung interkommunaler Verhandlungen beschränkt ist, von Ankara zunehmend ins Abseits gedrängt. Vornehmlich, da er beharrlich an einem Modell der föderalen Einigung festhielt. Die türkische Regierung vertritt hingegen die Ansicht, dass nach dem Scheitern der Verhandlungen von Crans Montana, andere Modelle in Betracht gezogen werden sollten.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Der Versuch, im Süden ein allgemeines staatliches Gesundheitssystem (GESY) einzuführen, stieß beim Großteil der Ärzte auf vehementen Widerspruch. Auch wenn das Projekt 2019 in die Praxis umgesetzt wird, haben zahlreiche Ärzt_innen in Zypern erklärt, dass sie nicht daran teilnehmen werden.

Wirtschaftlich konnte sich der Süden der Insel im Jahr 2018 zunehmend von der Rezession, die 2013 durch die Rettungsaktion für die zwei größten Banken und dem drohenden Staatsbankrott der Republik Zypern ausgelöst wurde, erholen. Im letzten Jahr verzeichnete die Wirtschaft eine Wachstumsrate von 3,9%. Unter großen Teilen der Bevölkerung herrscht die Auffassung, dass die Krise, wenngleich ihre Nachwirkungen immer noch deutlich spürbar sind, mehr oder minder überwunden ist. Dabei steht das Wirtschaftswachstum allerdings maßgeblich in Zusammenhang mit dem neuen Bauboom und den damit verbundenen Programmen zur Einbürgerung ausländischer Investoren. Gleichzeitig machen sich Anzeichen für eine »Überhitzung« der Wirtschaft als Ganzes bemerkbar. Die Gehälter nähern sich nur in bestimmten Sektoren dem Niveau, welches vor der Krise bestand, an. Die Seite des Kapitals profitiert währenddessen von den Vorteilen des wirtschaftlichen

Wachstums. Vergleicht man den Anteil des Kapitals am Volkseinkommen mit dem Lohnanteil wird dies besonders deutlich. Die Inflationsrate stieg um 0,3% auf 1,4%. Im Dezember 2017 beschloss das Parlament Zyperns das Budget für das nächste Jahr. Der Etat plant einen Haushaltsüberschuss von 3% des Bruttoinlandsprodukts bei staatlichen Einnahmen in Höhe von insgesamt 8,55 Mrd. Euro (im Vergleich zu 7,72 Mrd. Euro im Vorjahr), sowie Ausgaben in Höhe von 7,91 Mrd. Euro (im Vergleich zu 7,53 Mrd. Euro im Vorjahr). Die staatlichen Primärausgaben wurden auf 6,27 Mrd. Euro festgesetzt. Im September wurde Zypern zum ersten Mal seit sechs Jahren von der Ratingagentur Standard & Poor's wieder als kreditwürdig eingestuft. Die Aufwertung vom »Junk«-Status wurde mit der Aussicht auf starkes Wachstum begründet, welches die Risiken infolge hoher Staats- und Privatschulden ausgleiche.

Die Arbeitslosigkeit blieb weiterhin relativ hoch, wenngleich sie deutlich reduziert werden konnte. Auch die Jugendarbeitslosenquote und somit auch der Auswanderungsdruck, verharrten auf hohem Niveau. Darüber hinaus blieben die Einstiegsgehälter in vielen Tätigkeitsbereichen weiterhin unzulänglich. Innerhalb eines Jahres sank die Arbeitslosenrate von 10,3% auf 8,8% im Dezember 2018. Auch die Jugendarbeitslosenrate ging deutlich von 26,64% auf 18,7% zurück.

Aufgrund der vorgezogenen Parlamentswahlen wurde im türkisch-zypriotischen Norden der Insel das Budget für das Jahr 2018 erst im Februar verabschiedet. Es belief sich auf insgesamt 5,82 Milliarden TL (1,15 Mrd. Euro) und lag damit leicht unter dem Niveau des Vorjahresbudgets von 5,73 Mrd. TL (bzw. 1,27 Mrd. Euro). Im Januar 2019 genehmigte das Parlament ein leicht erhöhtes Budget von 7,7 Milliarden TL (1,24 Mrd. Euro) für das bevorstehende Finanzjahr. Laut offiziellen türkisch-zypriotischen Angaben stieg die Arbeitslosigkeit von 5,8% im Oktober 2017 auf 6,9% im Oktober 2018. Auch die Jugendarbeitslosenrate wuchs von 18,7% auf 22%. Die Inflationsrate betrug im Jahr 2018 29,96%. Von den türkisch-zypriotischen Behörden werden üblicherweise keine aktuelleren Daten veröffentlicht.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Im Süden Zyperns setzten sich die Gewerkschaften angesichts der konjunkturellen Erholung – wie schon im Jahre 2017 – zum Ziel, die Verluste auszugleichen, die die Arbeitnehmer_innen während der Wirtschaftskrise erlitten hatten. Diese Bemühungen waren vor allem in den Industriebranchen erfolgreich, in denen die Gewerkschaften nach wie vor stark sind und Tarifverhandlungen noch funktionsfähig sind. Im breiteren öffentlichen Sektor wurde dies in einem graduellen Prozess, durch zwei Rahmenverträge zwischen der Regierung, dem Panzyprischen Gewerkschaftsbund PEO und dem Zyprischen Arbeiterbund SEK, für den halböffentlichen Sektor und mit dem Panzyprischen Verband der öffentlich Bediensteten PASYDY für den öffentlichen Sektor, in Gang gesetzt. Der bedeutendste Arbeitskonflikt des Jahres 2018 ergab sich zwischen der Regierung und den Gewerkschaften des öffentlichen Bildungssektors, als die Regierung versuchte, eine Reihe organisatorischer Änderungen gegen den Willen der Gewerkschaften durchzu-

setzen. Nach zwei großen Protesten in den Sommermonaten und den Streikandrohungen im September wurde ein vorübergehender Kompromiss erzielt. Dieser ermöglichte einen sozialen Dialog, welcher 2019 dazu führte, dass die Regierung die meisten ihrer ursprünglichen Pläne zurücknahm.

Da viele türkische Zyprioten in türkischer Lira bezahlt werden, viele Rechnungen jedoch in Euro oder Pfund bezahlt werden müssen, sind die Arbeitnehmer_innen im Norden Zyperns von dem rasanten Wertverlust der türkischen Lira seit 2017 stark betroffen. Allein im August verzeichnete die türkische Lira im Vergleich zum Euro einen Wertverlust von 30 %.

Im Allgemeinen bestehen im Hinblick auf die Gewerkschaften im Norden zwei Schwachpunkte: (1) sie sind stark zersplittert, und (2) der gewerkschaftliche Organisationsgrad des privaten Sektors ist geringfügig. Wenngleich im Bereich privater Medieninstitutionen einige Prozesse der gewerkschaftlichen Organisation verzeichnet wurden, hat sich das Gesamtbild auch im Jahr 2018 nicht geändert. Im Gegensatz dazu sind die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors deutlich stärker; sie haben sich zu Koalitionen zusammengeschlossen, um gegen Preisanstiege zu demonstrieren und die Interessen ihrer Mitglieder zu schützen. Dies hat zu einer Kluft zwischen den Arbeitsbedingungen geführt, die im privaten Sektor so schlecht sind, dass er für türkisch-zypriotische Arbeitnehmer völlig unattraktiv geworden ist.

GEWERKSCHAFTEN IN ZYPERN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Republik Zypern

Angesichts der Krisensituation, mit der sich die griechisch-zypriotische Volksgruppen nach dem Krieg im Jahre 1974 konfrontiert sah, wurde das tripartite System, die institutionalisierte Beratung und Mitbestimmung der Vertreter_innen der Arbeitnehmer_innen und der Arbeitgeber_innen sowie des Staates, das in Ansätzen bereits seit der späten Kolonialzeit angewendet und in den ersten Jahren der Republik ausgebaut und gefestigt wurde, zunehmend vorangetrieben, verstärkt und formalisiert. Allerdings wurden ihm keine verbindliche Rechtswirkung beigemessen. Die Gewerkschaften akzeptierten im Rahmen breit angelegter Bemühungen zum staatlichen Wiederaufbau Lohn- und Gehaltskürzungen sowie das vorübergehende Einfrieren von Vergütungen und Sonderleistungen. 1977 wurde durch die Einführung des Gesetzbuches für industrielle Beziehungen (Industrial Relations Code), welche von den wichtigsten Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden unter staatlicher Aufsicht ausgehandelt und beschlossen worden war, die Grundlage der Arbeitsverhältnisse für mehr als drei Jahrzehnte geschaffen. In den 1980er- und 1990er-Jahren ermöglichte das Mitwirken an einer Reihe von tripartiten Ausschüssen den Gewerkschaften, politischen Einfluss zu nehmen, Gleichzeitig wurden sie durch ihre Partizipation zu einer weitgehend konfliktarmen Haltung gezwungen. Der Einfluss der Gewerkschaften auf politische

Entscheidungen erstreckte sich allerdings nie auf Belange staatlicher Wirtschaftspolitik.

Nachdem sich die politische Landschaft in den 1980er Jahren durch ein Vier-Parteien-System stabilisiert hatte verzeichneten die Gewerkschaften eine erhebliche Zunahme ihrer Mitgliederzahlen, finanziellen Mittel und Ausrüstung, während sie politisch unter starkem Einfluss der jeweiligen Parteien standen. Neben dem Panzyprischen Gewerkschaftsbund PEO, der sich direkt an der linken Partei AKEL orientierte, und dem Verband des Zypriischen Arbeiterbunds SEK, der indirekt den konservativen Parteien DISY und DIKO zuzuordnen war, entstand mit dem Demokratischen Gewerkschaftsbund Zyperns DEOK ein weiterer kleiner Gewerkschaftadachverband, der sich vom SEK abspaltete und direkt an der sozialdemokratischen Partei EDEK orientierte.

Als sich die Wirtschaft Zyperns in den 1990er Jahren zunehmend außenwirtschaftlich öffnete, verzeichnete die verarbeitende Industrie, die nie zu den bedeutenden Sektoren gezählt hatte, infolge des globalen Wettbewerbs eine weitere Abschwächung. Der Dienstleistungssektor dehnte sich hingegen aufgrund von ausländischen Arbeitskräften und nach dem EU-Beitritt Zyperns im Jahre 2004 auch durch Arbeitskräfte aus EU-Mitgliedstaaten, die einen zunehmend bedeutenden Teil der Erwerbstätigen darstellen, weiter aus. Wenngleich die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften in den 1990er Jahren und im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends weiter zunahm, blieb diese Entwicklung deutlich hinter der Ausdehnung der Erwerbsbevölkerung zurück, was eine erhebliche Abnahme der Gesamtdichte gewerkschaftlicher Vertretung von ca. 80 % in den 1980ern auf etwa 50 % in den 2010ern zur Folge hatte. Im Allgemeinen waren dabei Angestellte im Dienstleistungsbereich, nicht-zypriotische Arbeitskräfte und junge Arbeitskräfte schwer zu organisieren. Obwohl die Gewerkschaften im letzten Jahrzehnt einige Fortschritte erzielen konnten, wurden diese durch die wirtschaftliche Krise gehemmt. In den 2010er-Jahren trug auch die beschleunigte Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse dazu bei, dass die Bemühungen zur gewerkschaftlichen Organisation zurückgingen, da es erheblich schwieriger ist Arbeitnehmer_innen in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu organisieren.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Obwohl die Wurzeln der türkisch-zypriotischen Gewerkschaften bis in die 1940er Jahre zurückreichen, spielte die Gewerkschaftsbewegung vor 1974 eine untergeordnete Rolle in der türkisch-zypriotischen Volksgruppe. Grund dafür war, dass die wirtschaftspolitische Szene von Rechtsnationalisten dominiert wurde. Nicht nur während der britischen Kolonialherrschaft, sondern auch nachdem Zypern seine Unabhängigkeit erlangt hatte, hemmten ethnische Spannungen und anschließend der Konflikt zwischen beiden Volksgruppen die wirtschaftliche Modernisierung und Entwicklung der türkisch-zypriotischen Gesellschaft. Die de facto Teilung der Insel im Jahr 1974 und die Gründung eines separaten türkisch-zypriotischen politischen Gemeinwesens im Jahr 1975 stellten einen bedeutenden Meilenstein in der wirtschaftspolitischen Ent-

wicklung des türkisch-zypriotischen Teils der Insel dar. Wenn- gleich die Gründung einiger der großen Gewerkschaften, wie die türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Staatsangestell- ten KTAMS, die türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Grundschullehrer KTÖS und die türkisch-zypriotische Ge- werkschaft der Sekundarschullehrer KTOEÖS, sowie einer der Dachverbände, Türk-Sen, bereits vor 1974 erfolgte, waren die politischen Gegebenheiten, d.h. das Leben in kleinen, von der Militärverwaltung beherrschten Enklaven, ungünstig für die Entstehung einer klassenzentrierten Gewerkschaftsbeweg- ung. Daher gewann diese auch erst in der vergleichsweise demokratischeren Zeit nach 1974 an Dynamik.

In der ersten Zeit nach dem Konflikt zeichnete sich der private Sektor durch einen geringen Produktionsumfang aus. Der Staat hingegen war der größte Arbeitgeber und war unter anderem in den Bereichen des Tourismus und des verarbeitenden Gewerbe tätig. Dank der positiven Grundstimmung der ersten Jahre nach 1974 und inspiriert vom Aufschwung der Linken in der Türkei verabschiedete das Parlament zahlreiche arbeiterfreundliche Gesetze, die die Gewerkschaften (bzw. jene des öffentlichen Sektors) stärkten. Infolgedessen gab es 1981, als die Gesamtzahl der Beschäftigten ca. 54.000 betrug, ungefähr 20.000 Gewerkschaftsmitglieder. Die Zahl der Mitglieder der Gewerkschaften blieb jedoch unverändert bei rund 20.000, obwohl die Gesamtbeschäftigungszahl im Jahre 2001 auf ca. 90.000 angestiegen war; 2016 zählte man ca. 26.000 Gewerkschaftsmitglieder, die Gesamtzahl der Arbeit- nehmer betrug knapp 120.000.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Republik Zypern

Die allmähliche aber doch erhebliche Ausweitung des öffent- lichen Sektors ermöglichte es dem SEK, den PEO in Bezug auf

Mitgliederzahlen einzuholen, nachdem PEO den Großteil der Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Verwaltungen organisieren konnte. Gleichzeitig wurde auch die Panzyprische Beamtengewerkschaft (PASYDY) durch zunehmende Mitgliedschaften und eine Reihe von Gehaltserhöhungen und Leistungen für ihre Mitglieder gestärkt. Die PASYDY ist zwar formell neutral, d.h. sie wird keiner bestimmten politi- schen Partei zugeordnet, die Mehrheit ihrer Mitglieder unter- stützt jedoch DIKO und DISY, wodurch ihre politische Hal- tung in der Regel nach rechts tendiert. Es gibt zwar Parteimit- glieder und Parteifunktionäre, die im öffentlichen Dienst und im PASYDY aktiv sind, dies nimmt allerdings nicht die Gestalt formell interner Fraktionen an, wie es etwa bei den Gewerk- schaften der Lehrer an öffentlichen Schulen – POED, OELMEK und OLTEK –, die das primäre, sekundäre bzw. technische (berufsbildende) Schulwesen repräsentieren, der Fall ist. Die Gewerkschaft der Bankangestellten ETYK, ist der PASYDY in zweierlei Hinsicht ähnlich. Erstens ist sie offiziell keiner be- stimmten politischen Partei zuzuordnen ist und zweitens ist es ihr gelungen, von der umfangreichen Expansion des Ban- kensektors und seiner starken Position auf dem Arbeitsmarkt zu profitieren, indem sie für ihre Mitglieder in den 1980er, 1990er und 2000er Jahren erhebliche Gehaltserhöhungen, Vergünstigungen und Privilegien erreichen konnte.

Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends führte die Zu- nahme irregulärer Beschäftigungen im öffentlichen Sektor in Verbindung mit der Unfähigkeit der PASYDY und des SEK, ih- re Arbeiter_innen zu schützen, zur Entstehung neuer, kleinerer und unabhängiger Gewerkschaften. Die größten davon sind die Unabhängige Gewerkschaft der öffentlichen Be- diensteten Zyperns ASDYK, die sich in den 2010ern als zwei- te Gewerkschaft für den allgemeinen öffentlichen Bereich bil- dete, dem Panzyprischen Bund der Ärzte im staatlichen Dienst PASYKI und dem Panzyprischen Bund der Kranken- pfleger PASYNO für das Krankenpflegepersonal in öffentli- chen Krankenhäusern, die alle den PASYDY in Frage stellten,

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Zypern

Bezeichnung	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Παγκύπρια Εργατική Ομοσπονδία (ΠΕΟ) Panzyprischer Gewerkschaftsbund (PEO)	Pampis Kyritsis, Soteroulla Charalambous	61.529 (2016)	World Federation of Trade Unions (WFTU)
Συνομοσπονδία Εργαζομένων Κύπρου (ΣΕΚ) Zyprischer Arbeiterbund (SEK)	Andreas Matsas, Michalis Michael	55.813 (2016)	International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU), European Trade Union Confederation (ETUC)
Παγκύπρια Συντεχνία Δημοσίων Υπαλλήλων (ΠΑΣΥΔΥ) Panzyprische Beamtengewerkschaft (PASYDY)	Glafkos Hatzipetrou, Antonis Koutsoullis	22.513 (2016)	Public Services International (PSI), European Public Service Union (EPSU), European Trade Union Confederation (ETUC)

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften von Zypern

Bezeichnung	Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Συντεχνία Οικοδόμων, Ξυλουργών, μεταλλωρύχων και γενικών εργατών (Οικοδόμοι) Gewerkschaft der Bauarbeiter, Zimmerleute, Bergleute und allgemeinen Arbeiterschaft (Bauleute)	PEO	Michalis Papanikolaou, Eftihios Papamichael	11.154 (2016)	Trade Union International of Workers in the Building Wood, Building materials and allied Industries (UITBB)
Συντεχνία Ξενοδοχοϋπαλλήλων και Κέντρων Αναψυχής (ΣΥΞΚΑ) Gewerkschaft der Angestellten in Hotels und Freizeitzentren (SYXKA)	PEO	Lefteris Georgiadis, Andreas Kombos	11.621 (2016)	Hotel and Tourism Trade union International TUI-HOTOUR
Ομοσπονδία Σωματείων Ημικρατικών Οργανισμών (ΟΗΟ) Gewerkschaftsverband der halbstaatlichen Organisationen (OIO)	SEK	Andreas Elia, Ilias Demetriou	ca. 7.500	Public Services International (PSI) European Public Services Unions (EPSU)
Ομοσπονδία Υπαλλήλων Ξενοδοχείων. Επισιτισμού και Κέντρων Αναψυχής (ΟΥΞΕΚΑ) Verband der Angestellten im Hotel- und Gastgewerbe und in Freizeitzentren (OIXEKA)	SEK	Miltiadis Miltiadous, Georgios Karas	ca. 10.000	European Federation of Food, Agriculture and Tourism Trade Unions (EFFAT)
Ένωση Τραπεζικών Υπαλλήλων Κύπρου (ΕΤΥΚ) Gewerkschaft der Bankangestellten Zyperns (ETYK)	Unabhängig	Andreas Panagiotou, Christos Panagides	9.341 (2015)	UNI-Finance Global Union

während sich in jüngerer Zeit die Gewerkschaft ISOTITA (dt. Gleichheit) formierte, die alle irregulär beschäftigten Arbeitnehmer_innen des öffentlichen und des halböffentlichen Sektors vertritt.

In den 2010er Jahren verzeichneten alle großen Gewerkschaften einen Rückgang der Mitgliederzahlen; dennoch blieben sie weiterhin die dominanten Akteure, da in Bezug auf die Gewerkschaftslandschaft keine umfangreichen Veränderungen stattfanden.

Die Repräsentativität der Gewerkschaften fällt je nach Wirtschaftssektor und Unternehmensgröße sehr unterschiedlich aus. Im öffentlichen, staatlichen und kommunalen Sektor sowie im Bankensektor ist die Gewerkschaftsdichte zwar sehr hoch, allerdings erreicht sie nicht mehr den Zustand früherer Zeiten, als die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft quasi an den Arbeitsplatz gebunden war. Ausnahmen von dieser Regel bestehen bei gehobenen Verwaltungs- und Managerpositionen, sowie bei projektbasierten Mitarbeiter_innen, die in einem befristeten Arbeitsverhältnis angestellt sind. Daneben hat die Zunahme der Zahl irregulärer Arbeitnehmer_innen, die per Zeitvertrag bzw. aufeinander folgender befristeter Verträge eingestellt werden und zumeist jung sind, sowie das Abrücken einiger Arbeitnehmer_innen und Berufsgruppen von PASYDY und in geringerem Ausmaß auch vom SEK, diese Situation teilweise verändert.

Im privaten Sektor sind die Gewerkschaften vorrangig in größeren Unternehmen vertreten, während kleinere Unternehmen zumeist keine Gewerkschaftspräsenz haben. Dies gilt sowohl für Hotels und Restaurants als auch für das Baugewerbe, in denen Gewerkschaften relativ stark vertreten sind und branchenbezogene Tarifverträge aushandeln. Allerdings gibt es in diesen beiden Branchen auch große Arbeitgeber, denen es gelingt, die Gewerkschaften von ihren Unternehmen fernzuhalten. In den letzten zehn Jahren sehen sich die Gewerkschaften auch in diesen beiden umfangreichen und äußerst dynamischen Branchen, die gemeinsam mit dem Bankensektor die gesamte Wirtschaft ankurbeln, zunehmend mit Schwierigkeiten konfrontiert. Der Bausektor wurde von der Finanzkrise besonders schwer getroffen und schrumpfte während der Krisenjahre erheblich, hat sich allerdings zurzeit wieder neu belebt. Der Tourismus war die einzige Branche, die sich auch während der Krise weiter entwickelte, wobei es den Gewerkschaften aufgrund der herrschenden Wirtschaftslage nicht möglich war, die Beschäftigungsbedingungen aus der Zeit vor der Krise aufrecht zu erhalten, geschweige denn diese durch gezielten Maßnahmen zu verbessern. In den vergangenen Jahren wurden jedoch einige Schritte unternommen um die Arbeitsverhältnisse zu optimieren und die Repräsentativität zu steigern.

Im Transportsektor und in der verarbeitenden Industrie gibt es eine mäßige Gewerkschaftspräsenz und eine Mischung von

Tarifverträgen auf Branchen- bzw. Unternehmensebene, die nur für einen kleinen Teil der Mitarbeiter gelten. Diese werden jedoch auch von einigen nicht gewerkschaftlich organisierten Unternehmen als Referenz herangezogen. Im Einzelhandels- und Dienstleistungssektor waren die Gewerkschaften früher kaum vertreten, was sich auch weiterhin nicht ändert; Tarifverträge sind hier sehr selten und wenn sie vorhanden sind, haben sie keine Gültigkeit die über den Betrieb hinausgeht. Wo es keine Tarifverträge gibt, bleiben den Gewerkschaften nur die Mittel des Arbeitsrechts und des Mindestlohns, sofern diese anwendbar sind.

Transnationale Unternehmen sind in der Regel seltener gewerkschaftlich organisiert. Einerseits aufgrund der gewerkschaftsfeindlichen Politik, wie sie in bestimmten Sektoren (z. B. in der Fastfood-Branche) verfolgt wird. Andererseits aufgrund der individualistischen Ideologien, die in diesen Unternehmen vorherrschen. Ein eindrucksvolles Beispiel dafür sind transnationale Unternehmen die im professionellen Dienstleistungssektor tätig sind.

Die formelle Definition der EU für »kleine und mittlere Unternehmen« ist für kleine Staaten wie Zypern analytisch betrachtet nicht sehr nützlich. Die überwiegende Mehrheit aller Unternehmen auf Zypern ist dieser Kategorie zuzuordnen. In diesem Zusammenhang ist ein allgemeiner Trend erkennbar: die gewerkschaftliche Organisation in kleineren Unternehmen, bei denen es sich häufig um erweiterte Familienunternehmen handelt, ist im Vergleich zu mittelgroßen Unternehmen schwieriger.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Historische und strukturbedingte Faktoren, wie beispielsweise die äußerst niedrige industrielle Produktion und die geringe Größe privater Unternehmen, erschwerten die gewerkschaftliche Organisation des privaten Sektors erheblich. Infolgedessen ist die Gewerkschaftsdichte im privaten Sektor äußerst niedrig. Einer 2014 durchgeführten Untersuchung zufolge wa-

ren 95 % der Privatangestellten keine Gewerkschaftsmitglieder. Daher ist die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder im öffentlichen bzw. halböffentlichen Sektor beschäftigt. Die Gewerkschaftsdichte weist allgemein eine rückläufige Tendenz auf: Während sie im Jahr 2004 noch bei 33,7 % lag, betrug sie 2016 nur noch 26,2 %.

Die Gewerkschaftslandschaft im nördlichen Teil Zyperns ist ziemlich fragmentiert. Laut Angaben des Gewerkschaftsregisters gab es 2018 83 eingetragene Gewerkschaften, von denen 53 aktiv waren. Gesetzlich ist vorgesehen, dass 20 Personen sich zu einer Gewerkschaft zusammenschließen können. Seitens der Gewerkschafter wird dies als gezielte Strategie der Politik betrachtet, die darauf abzielt, die Entwicklung größerer und einflussreicherer Gewerkschaften zu untergraben. Arbeitnehmer_innen ziehen es in der Praxis vor selbst eine neue Gewerkschaft zu gründen und diese zu führen, anstatt sich den größeren, bereits bestehenden sektoralen Gewerkschaften und gemeinsamen Ressourcen anzuschließen.

Die Gewerkschaftsszene wird von drei großen Gewerkschaftsverbänden, die sich im öffentlichen und halböffentlichen Sektor etabliert haben, sowie von mehreren unabhängigen Gewerkschaften in den Bereichen der öffentlichen Verwaltung sowie des primären und sekundären Schulwesens dominiert.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Republik Zypern

Es gibt keine besonderen unmittelbaren Rechtshindernisse, welche die Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften einschränken. Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und das Streikrecht werden durch die Verfassung und die Gewerkschaftsgesetzgebung geschützt. Darüber hinaus hat das relativ neue Gewerkschaftsgesetz aus dem Jahre 2012 »Über die Anerkennung von Gewerkschaftsorganisationen und das Recht auf Erleichterungen zu Gunsten der Gewerkschaften

Tabelle 3
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände der TRNZ

Dachgewerkschaft	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Hür İşçi Sendikaları Federasyonu, Hür-İş Bund der Freien Gewerkschaften	Ahmet Çaluda (Vorsitzender) Ali Yeltekin (Generalsekretär)	5.174	—
Kıbrıs Türk İşçi Sendikaları Federasyonu, Türk-Sen Türkisch-zypriotischer Gewerkschaftsbund	Arslan Bıçaklı (Vorsitzender) Tamay Soysan (Generalsekretär)	1.748	ETUC & ITUC
Devrimci İş Sendikaları Federasyonu, Dev-İş Revolutionärer Gewerkschaftsbund	Hasan Felek (Vorsitzender) Koral Aşam	1.188	World Federation of Trade Unions (WFTU); Regional Energy Trade Unions Network of South-Eastern Europe (Retun-See)

Tabelle 4

Die wichtigsten Branchen- bzw. Einzelgewerkschaften der TRNZ

Bezeichnung	Dachverband	Vorsitz und stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Kıbrıs Türk Öğretmenler Sendikası, KTÖS Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Grundschullehrer	Unabhängig	Emel Tel (Vorsitzender) Şener Elcil (Generalsekretär)	2.199	Education International; WFTU
Kıbrıs Türk Orta Eğitim Öğretmenler Sendikası, KTOEÖS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Sekundarschullehrer)	Unabhängig	Selma Eylem (Vorsitzender) Aziz Selengin (Generalsekretär)	2.635	Education International; ETUCE; Euro- Clio; WFTU
Kıbrıs Türk Amme Memurları Sendikası, KTAMS (Türkisch-zypriotische Gewerkschaft der Staatsangestellten)	Unabhängig	Güven Bengihan (Vorsitzender), Devrim Barçın (Generalsekretär)	3.322	WFTU / EPSU
Kıbrıs Türk Kamu Görevlileri Sendikası, Kamu-Sen (TRNZ Beamtengewerkschaft)	Unabhängig	Metin Atan (Vorsitzender) Özgür Kıdrışlıoğlu (Generalsekretär)	2.171	—
Kamu İşçileri Sendikası, Kamu-İş (TRNZ – Arbeitergewerkschaft des öffentlichen Dienstes)	Hür-İş	Ahmet Serdaroğlu (Vorsitzender) Devrim Gündüz (Generalsekretär)	2.900	International Eurasian Metal Workers' Federation (IEMF)

zum Zweck der Anerkennung als Tarifpartei« die Situation für die Gewerkschaften verbessert. Diesbezüglich wurde ein Verfahren eingeführt, um durch die Verordnung des Gewerkschaftsregisters (Trade Union Registrar) die Verweigerung der Anerkennung seitens der Arbeitgeber zu überwinden. Früher bestand die einzige Option darin, umfassende Arbeitskämpfmaßnahmen zu ergreifen, um den Arbeitgeber zum Nachgeben zu zwingen. Nicht selten hielten dabei die hohen Kosten und Risiken solcher Aktionen die Gewerkschaften davon ab, solche Schritte einzuleiten. Nach dem neuen Gesetz kann mittels des Gewerkschaftsregisters nun auf Anfragen seitens der Gewerkschaften direkt eine Verfügung zur verpflichtenden Anerkennung erlassen werden. Voraussetzung dafür ist, dass innerhalb eines Unternehmens, das mehr als 30 Personen beschäftigt, mindestens 50 Prozent der Angestellten gewerkschaftlich vertreten werden. Repräsentieren die Gewerkschaften mindestens 25 Prozent der Angestellten, so kann das Gewerkschaftsregister eine geheime Abstimmung im Bereich des Betriebsgeländes, ohne die Anwesenheit des Arbeitgebers, durchführen. Das Ergebnis ist dabei (ob die gewerkschaftliche Vertretung betreffend oder nicht) bei einfacher Stimmenmehrheit gültig, insofern die Wahlbeteiligung mindestens 40 Prozent beträgt. Außerdem gewährt das Gesetz den Gewerkschafter_innen erleichterten Zugang zu Arbeitsplätzen und stellte den Betriebsräten mehr Zeit zur Verfügung um ihren gewerkschaftlichen Pflichten und Tätigkeiten nachzukommen. Die Anwendung der neuen Befugnisse des Registers erfolgte bislang nur gelegentlich: seit dem Jahr 2012 kamen sie erst

viermal zum Einsatz. Allein das Bestehen des Gesetzes unterstützte jedoch die Bemühungen um gewerkschaftliche Organisation – sowohl seitens bestehender als auch seitens neuer Gewerkschaften – da Aktivisten bereits im Vorhinein wissen, dass die Anerkennung gewährleistet ist, sofern die festgelegten Quoten erreicht werden.

Alle grundlegenden Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation (IAO bzw. engl. ILO) sowie drei der vier Übereinkommen im Bereich der Steuerung (Governance Conventions) wurden von der Republik Zypern ratifiziert und sind zurzeit in Kraft. Das Übereinkommen über die Arbeitsaufsicht (Landwirtschaft) Nr. 129 wurde bislang noch nicht ratifiziert. Darüber hinaus wurden 38 aktualisierte technische Konventionen noch nicht ratifiziert.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Sowohl das Recht auf die Gründung von Gewerkschaften als auch das Recht auf Abschluss von Kollektivverträgen und das Streikrecht sind in der türkisch-zypriotischen Verfassung aus dem Jahre 1985 verankert (Artikel 53 und Artikel 54).

Das Gewerkschaftsgesetz wurde 1971 verabschiedet und seit 1974 erfolgten diesbezüglich keine Änderungen. Obwohl es der Aktualisierung bedarf, zeigen sich die Gewerkschaften zögerlich. Sie sind um mögliche negative Auswirkungen einer

Änderung besorgt. Zu ihren vorrangigen Bedenken zählt dabei die wahrscheinliche Abschaffung des »Check-off Systems«, im Rahmen dessen der Arbeitgeber den Gewerkschaftsbeitrag vom Lohn der Beschäftigten einbehält und direkt an die Gewerkschaft zahlt; die Diskussion darüber wird von Zeit zu Zeit von rechten Politikern auf den Tisch gebracht.

Für die Gewerkschaften stellt es kein Problem dar, sich im öffentlichen Sektor zu organisieren. So ist tatsächlich ein Großteil der gewerkschaftlich vertretenen Arbeiterschaft im öffentlichen bzw. halböffentlichen Sektor beschäftigt.

Andererseits lässt sich feststellen, dass die Arbeitnehmer_innen des privaten Sektors im Allgemeinen und zugewanderte Arbeitnehmer_innen im Besonderen, unter prekären Arbeitsbedingungen leiden. Wenngleich nur eine begrenzte Zahl der Übereinkommen der internationalen Arbeitsorganisation vom türkisch-zyprischen Parlament ratifiziert wurden, wird das Arbeitsgesetz aus dem Jahre 1992, welches die Arbeitsbeziehungen im privaten Sektor regelt, von Gewerkschafter_innen als angemessen erachtet. Allerdings bestehen ernste Probleme, was die Durchsetzung der jeweiligen Rechtsvorschriften angeht. So wurden beispielsweise aus unterschiedlichen Anlässen zahlreiche Arbeitnehmer_innen im privaten Sektor nach ihrem Beitritt zu einer Gewerkschaft entlassen, obwohl dies einen eindeutigen Gesetzesverstoß darstellt. Auch was die Durchsetzung der Rechtsvorschriften bezüglich der Sicherheit am Arbeitsplatz betrifft, bestehen gravierende Mängel. Insbesondere im Bereich des Bausektors kommt es häufig zu tödlichen Unfällen am Arbeitsplatz.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Republik Zypern

Im Südteil Zyperns gibt es faktisch nur zwei Verhandlungsebenen: die Branchenebene und die Arbeitsplatz- bzw. Unternehmensebene. Zwischen diesen beiden Ebenen besteht weder eine direkte Verbindung, noch eine Form der systematischen Verhandlungskoordination. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass einige Manteltarifverträge informell die Weichen für kleinere Tarifvereinbarungen in verschiedenen Branchen stellen, und dass der öffentliche Sektor die Richtwerte und Maßstäbe für den privaten Sektor vorgibt. Es gibt keine auf nationaler Ebene festgelegten Verhandlungsstandards und keine branchenübergreifenden oder regionalen Verhandlungen. Gelegentlich liegen bestimmte Rahmenvereinbarungen vor, die praktisch eine Reihe von Verhandlungszielen für die darauffolgenden Tarifvereinbarungen vorgeben. Diese werden nie im Detail angeführt und legen zumeist keine tatsächlichen Beschäftigungsbedingungen fest. Sie können damit nicht als dritte, branchenübergreifende Verhandlungsebene betrachtet werden. Diese auf nationaler Ebene beschlossenen Rahmenvereinbarungen sind nicht als Kollektivverhandlungen zu verstehen, sondern vielmehr als eine Form von Grundsatzserklärungen und sozialem Dialog.

Auch wenn keine präzisen, umfassenden und aktuellen Daten verfügbar sind, steht die Reichweite der Kollektivverhandlungen

gen bzw. -verträge in engem Zusammenhang mit der Gewerkschaftsdichte, da praktisch keine anderen Formen von Kollektivvereinbarungen bestehen und keine sonstigen Vertreter bzw. Akteure beteiligt sind. Gelegentlich können jedoch die grundlegenden Bedingungen einer bereits bestehenden Tarifvereinbarung die Schaffung einzelner Verträge beeinflussen. Das Fehlen von Erweiterungsmechanismen auf Branchenebene sowie von *erga-omnes*-Regeln auf Betriebsebene führt zur Konvergenz von Gewerkschaftsdichte und Reichweite der Kollektivvereinbarungen. Somit weist die Reichweite der Kollektivverträge entsprechend der Gewerkschaftsdichte eine abnehmende Tendenz auf. Es kann folglich davon ausgegangen werden, dass der Rückgang der Gewerkschaftsdichte von 63,4 % im Jahre 2001 auf 45,2 % Prozent im Jahre 2013 zu einer entsprechenden Verminderung der Kollektivverhandlungen geführt hat. Die Gewerkschaftsdichte liegt in der Republik Zypern über dem EU-Durchschnitt, die Reichweite der Kollektivvereinbarungen allerdings darunter.

Insgesamt kann der internationale Trend der Dezentralisierung von Kollektivverhandlungen, welcher auf Arbeitgeberpräferenzen zurückzuführen ist und durch die Schwäche der Gewerkschaften im neoliberalen Zeitalter angetrieben wird, auch auf Zypern beobachtet werden. Einige Wirtschaftszweige in denen Verhandlungen auf Branchenebene geführt wurden, wie beispielsweise Lederverarbeitung, Bekleidung und Schuhe, sind geschrumpft. Andere Branchen des tertiären Sektors, in denen Verhandlungen vorwiegend auf Betriebsebene stattfinden, haben sich hingegen ausgeweitet. Wenngleich keine verlässlichen zeitübergreifenden Daten vorliegen, legen die fragmentierten Hinweise doch nahe, dass ein Rückgang der Anzahl von Kollektivverträgen und deren Reichweite verzeichnet werden muss. Die Verhandlungen auf Betriebsebene, auf Kosten der Branchenebene, haben jedoch zugenommen, was wiederum auf eine verstärkte Dezentralisierung hinweist. In Wirtschaftszweigen, in denen gleichzeitig Verhandlungen auf Branchen- und Unternehmensebene geführt werden, wie beispielsweise in der Metallindustrie, haben die volatilen Bedingungen der Wirtschaftskrise die Dezentralisierungstendenzen verschärft. Im Bankensektor fand eine Schwerpunktverlagerung der Verhandlungen von der Branchenebene zur Firmenebene statt. Grund dafür war die Auflösung des Arbeitgeberverbands im Jahr 2015, nachdem seine Mitglieder inmitten der Finanzkrise beschlossen hatten Arbeitsangelegenheiten auf eigene Faust abzuwickeln.

Angesichts einer fragmentierten Erwerbsbevölkerung mit mannigfaltigen Beschäftigungssystemen ist die Macht der Gewerkschaften gegenüber unnachgiebigen Arbeitgebern oft unzulänglich. Daher wird die Abteilung für Arbeitsbeziehungen (Labour Relations Department) am Ministerium für Arbeit häufig als Schlichtungsstelle in Zusammenhang mit der Einhaltung von Kollektivverträgen kontaktiert und zur Auslegung einzelner Bestimmungen befragt. Die Tatsache, dass es sich bei vielen der bestehenden Kollektivverträgen um alte Schriftstücke handelt, die beibehalten und überarbeitet werden, hat zu einem komplexen Netzwerk von Regeln geführt, die oft falsch interpretiert bzw. ausgelegt werden. Infolgedessen entstehen häufig Arbeitskonflikte. Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass die Gewerkschaften bezüglich ihrer

wesentlichen Aufgaben erfolgreich sind, ihr Einfluss im letzten Jahrzehnt jedoch abgenommen hat.

Nach 2011 verlangsamte sich der soziale Dialog infolge der Wirtschaftskrise. Durch die ökonomische Notsituation und das Memorandum of Understanding zwischen der Republik Zypern und der Troika (EU-Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfond) ließen nur wenig Spielraum für Gespräche bezüglich der Sozial- und Arbeitspolitik. Diese Dynamik setzte sich auch in der darauffolgenden Zeit fort. Laut PEO war die Unterminierung der Prozesse des Sozialdialogs das Ergebnis bewusster Pläne der (DISY-)Regierung, um »die Gewerkschaftsbewegung zu marginalisieren«. In ihrem Jahresbericht 2017 führte PEO eine Reihe von Angelegenheiten in Zusammenhang mit der Vergütung von Überstunden, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, den Unterstützungs- bzw. Vorsorgekassen, den Betriebszeiten im Einzelhandel und dem garantierten Mindesteinkommen an, in denen Entscheidungen ohne vorherige Konsultation getroffen wurden. Es wird jedoch auch auf die seltene Einberufung einiger Konsultationsgremien im Zeitraum von 2013–2017 hingewiesen. Diese Mängel des sozialen Dialogs veranlasste die PEO dazu, Änderungen des operativen Rahmens der Strukturen des Sozialdialogs zu fordern, »um diesen – wo notwendig – transparenter und verbindlicher zu gestalten«.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Wie bereits erwähnt sind die Gewerkschaften im öffentlichen und halböffentlichen Sektor organisiert. Wenngleich den Arbeitnehmer_innen, die im Bereich dieser Sektoren tätig sind, das Recht auf Kollektivverhandlungen zusteht, war die Unterzeichnung einer Kollektivvereinbarung bislang das Privileg einer kleinen Gruppe, die vorwiegend aus Beschäftigten des öffentlichen und halböffentlichen Sektors besteht und vor allem im Bereich der lokalen Verwaltung zu verorten ist. Im privaten Sektor sind Kollektivverhandlungen hingegen sehr selten.

Doch selbst im Bereich des öffentlichen Sektors sind die Kollektivverhandlungen aufgrund der im Jahr 2010 eingeführten Sparmaßnahmen zunehmend unter Druck geraten. Diese schränken das Ausmaß der Kollektivverhandlungen für Arbeitnehmer des öffentlichen Sektors, die nach 2010 eingestellt wurden, weiter ein.

Die Kollektivverhandlungen sind sehr dezentralisiert und finden ausschließlich auf der Unternehmensebene statt. Die Ausnahme stellen dabei die Vereinbarung für den öffentlichen Sektor, die zwischen dem Finanzminister und der Kamu-İş getroffen wurde, sowie die Protokollverhandlungen zwischen dem Finanzministerium und den Angestellten (*white-collar employees*) des öffentlichen Sektors dar. Die Verhandlungen werden zwischen einzelnen Gewerkschaften und einzelnen Arbeitgebern geführt. Obwohl es einen Arbeitgeberverband gibt, beteiligt sich dieser nicht an den Kollektivverhandlungen. Dem Arbeitgeberverband kommt allerdings eine wichtige Rolle im Ausschuss zur Festlegung des Mindestlohns zu. Dieser setzt sich aus fünf Vertreter_innen

des Arbeitgeberverbands, fünf Vertreter_innen des größten Gewerkschaftsverbands und fünf Regierungsvertreter_innen zusammen.

Im öffentlichen Sektor gibt es verschiedene Mechanismen für den sozialen Dialog; einige davon funktionieren relativ gut, andere funktionieren gut wenn sich die Regierungsseite gewillt zeigt und wieder andere existieren nur auf dem Papier. Im Allgemeinen lässt sich aufgrund der Sparmaßnahmen der letzten zehn Jahre eine Verschlechterung feststellen. In einem Umfeld, in dem die Regierung weiterhin den größten Arbeitgeber darstellt, wirft das Finanzministerium heute einen dunklen Schatten über die Mechanismen des sozialen Dialogs. Insbesondere, wenn die Verhandlungen materielle Leistungen zugunsten der Erwerbsbevölkerung betreffen. Außerdem kann durchaus die Rede von zögerlichem Verhalten seitens der Regierung sein. Besonders dann, wenn es darum geht Maßnahmen zu veranlassen, die ihren Spielraum gegenüber anderen Sozialpartnern einschränken könnten. Aus diesem Grund scheint die Regierung entweder, unter Verletzung der einschlägigen Rechtsvorschriften, ihre Verantwortung als Interessensvertreter des Sozialdialogs zu vergessen, oder sie unterlässt es die notwendigen Schritte zu veranlassen um dessen Mechanismen funktionsfähig zu machen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Republik Zypern

Die positivste Entwicklung der letzten Jahre ist die Tatsache, dass das Tarifverhandlungssystem die Wirtschaftskrise überstanden hat und trotz der Abnahme der Dichte und des Einflusses von Gewerkschaften keine allzu großen Einbußen verzeichnen musste, wie es in anderen südeuropäischen Ländern der Fall war. Griechenland stellt hierbei zweifelsohne das negativste Beispiel dar. Dennoch geben der wachsende Anteil der Arbeitnehmer_innen, die unter prekären Bedingungen beschäftigt sind, der allgemeine Rückgang des Lebensstandards und die unfreiwillige Unterbeschäftigung weiterhin Grund zu großer Besorgnis.

Die zunehmenden Schwierigkeiten der Gewerkschaften das bestehende Niveau der Reichweite kollektiver Verhandlungen zu erhalten bzw. diese sogar auf die zunehmende Zahl der nicht gewerkschaftlich vertretenen Arbeitnehmer_innen auszuweiten, veranlasste die PEO und den SEK sich im Jahr 2012, im Rahmen der Reform des Gewerkschaftsgesetzes, um die Durchsetzung einer Bestimmung, bezüglich eines Ausweitungsmechanismus für Kollektivverhandlungen, zu bemühen. Dies wurde allerdings von den Arbeitgebern blockiert. Die Gewerkschaften engagieren sich weiterhin für diese Form der Politik und setzten ihre Bemühungen bezüglich der Festigung von Tarifverträgen als vorrangiges Regulierungsinstrument fort. Diese wurden anderen Maßnahmen gegenüber vorgezogen. Damit verzeichneten sie einige Erfolge im Bereich der Hotelbranche, was die Arbeitszeiten und die Vorsorgekassen angeht. Hierbei handelt es sich um Pensionssysteme, die direkt durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge finanziert wer-

den. Zudem konnten indirekte Steuervergünstigungen seitens des Staates erzielt werden. Aktuell liegt der Schwerpunkt auf den Mindestlohnsätzen für jede Lohn- bzw. Gehaltsstufe der Hotel- und Baubranche, welche mittels der Institutionalisierung eines Akkreditierungssystems für Kompetenz und Erfahrung festgelegt werden sollen. Daneben ist man darum bemüht die Arbeitsinspektionsdienste zu stärken, indem der Zuständigkeitsbereich und der Umfang ihrer Befugnisse erweitert werden soll. Der Widerstand seitens der Arbeitgeber sowie die Vorbehalte seitens einiger rechter Parteien verzögern jedoch diesen Prozess, da die Abstimmung des Parlaments über den betreffenden Gesetzesentwurf bereits seit mehreren Jahren aussteht.

Es gibt keine zuverlässigen Längsschnittstudien, die das Ansehen verschiedener Parteien, Gewerkschaften und sonstiger sozialer oder beruflicher Gruppen vergleichen. Der Zusammenbruch des Bankensektors und die offensichtliche Prävalenz der Wirtschaftskriminalität, für die bislang noch niemand zur Rechnung gezogen wurde, brachte, in Verbindung mit der wirtschaftlichen Rezession und den Sparmaßnahmen im letzten Jahrzehnt, alle Institutionen Zyperns in Verruf. Die Hauptlast hatten dabei offensichtlich die Banken und die politischen Parteien zu tragen, doch auch die Gewerkschaften erlitten dadurch mehrfach Schaden. Nachdem zahlreiche ihrer Mitglieder arbeitslos wurden und somit Beitragszahlungen ausblieben, hatten sie den Verlust von Einnahmen und vieler Mitglieder zu bedauern. Ihre Unfähigkeit, Mitglieder auf angemessene Art und Weise zu schützen und ihre fortgesetzte Bindung an die politischen Parteien, die einstimmig Gesetze im Rahmen der von der Troika propagierten Sparmaßnahmen beschlossen, hatten zur Folge, dass das Vertrauen zu den Gewerkschaften stark abnahm. Nachdem allerdings keine bedeutenden neuen Akteure erschienen, die sich für die Rechte der Arbeiter einsetzten, haben die Gewerkschaften auch heute keine ernst zu nehmende Konkurrenz.

Die größte politische Herausforderung, der die Gewerkschaften heute gegenüber stehen, ist neben der Aggressivität einiger Arbeitgeber ihr zunehmend eingeschränkter politischer Einflussbereich. Auf gesellschaftlicher Ebene liegt die wesentlichste Herausforderung darin, dass die Schwächen der Gewerkschaften aufgezeigt wurden und dass es ihnen daher immer schwerer fällt die Arbeiterschaft davon zu überzeugen, dass sie in der Lage sind ihre Interessen zu schützen. Dabei haben sich die Prioritäten der Gewerkschaften nicht geändert, der allgemeine Schutz des bestehenden Systems arbeitsrechtlicher Verhältnisse und das Bestreben nach Kollektivverhandlungen und Kollektivverträgen werden weiterhin als wichtigste Regulierungsmechanismen des Arbeitsmarktes erachtet. Angetrieben durch den Verlust ihres Einflusses auf dem Arbeitsmarkt haben sich die PEO und der SEK entschieden, die Institutionalisierung einer Reihe von Mindestlöhnen und Rechten für alle Arbeitnehmer_innen, die nicht von Kollektivvereinbarungen abgedeckt werden, zu unterstützen.

Auf der Ebene der Arbeitsbeziehungen liegt die größte Herausforderung der kommenden Jahre darin, die Zukunft der Tarifverträge zu sichern. Wie bereits erwähnt deuten die abnehmende Reichweite der Verträge, die zunehmende Zahl der

Verstöße, die Verzögerungen bei der Verlängerung sowie die vereinbarten und einseitig durchgeführten negativen Veränderungen durch die Arbeitgeber bereits heute auf eine Verschlechterung hin. Betrachtet man diese Entwicklung allerdings in einem internationalen Vergleichsrahmen und berücksichtigt man dabei auch die Aggressivität der Arbeitgeber während der Krisenjahre, so ist der Einfluss, den die Gewerkschaften einbüßen mussten relativ. Gleiches gilt auch für den Organisationsgrad. Die Gewerkschaftsdichte nimmt zwar zunehmend ab, im internationalen Vergleich liegt sie jedoch immer noch deutlich über dem EU-Durchschnitt. Dies weist darauf hin, dass die Gewerkschaftsbewegung in Zypern sich trotz der evidenten Probleme einzelner Gewerkschaften selbst erhält.

Sowohl der politische Einfluss, als auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Gewerkschaften ist im letzten Jahrzehnt zweifelsohne zurückgegangen. Dennoch wurden in den letzten beiden Jahren zunehmend Initiativen gestartet, mit dem Ziel legislative Maßnahmen zur Regulierung des Arbeitsmarktes zu erwirken. Die zwei Hauptziele sind die Umsetzung der »wichtigsten Bestimmungen« der Tarifverträge in Gesetzesform und die Einführung eines nationalen Mindestlohns, der für alle Arbeitnehmer_innen gilt, die nicht von den bestehenden Vereinbarungen gedeckt werden. Der im Rahmen der Tarifverträge festgesetzte Mindestlohn soll hingegen gesetzlich für die jeweiligen Branchen festgelegt werden und Ausweitungsmechanismen sollen in Hinblick auf die Tarifverträge eingeführt werden. Die Gewerkschaften zeigen sich heute zuversichtlich, dass dies 2019 angesichts der Gegebenheiten »nach der Krise« möglich ist und drängen darauf, dass die betreffenden Maßnahmen beschlossen werden.

Auf europäischer und internationaler Ebene sind die zypriotischen Gewerkschaften zwar gut vernetzt, ihr Mitwirken ist jedoch aufgrund der Größe des Landes weder zentral noch von vorrangigem Interesse. Alle drei Hauptgewerkschaften haben internationale Verbindungssekretäre. Sie nehmen an gemeinsamen Aktionstagen und Kampagnen teil, die von europäischer bzw. internationaler Ebene organisiert werden und sie berichten in ihren Medien über internationale Entwicklungen. Dabei ist PEO wahrscheinlich am stärksten engagiert und orientiert sich am ehesten international. Dies ist in erster Linie auf die Geschichte des Gewerkschaftsverbandes zurückzuführen. Seit den 1990er Jahren und besonders nach dem Zusammenbruch des Ostblocks befand er sich, als einer der wenigen wichtigen Gewerkschaftsdachverbände der EU und Teil der WFTU, in einer strukturell bedeutenden Position. Der SEK wiederum ist auf europäischer Ebene am besten vernetzt und regelmäßig an den Verfahren des EGB beteiligt.

Türkische Republik Nordzypern TRNZ

Allgemein betrachtet unterhalten die linken Gewerkschaften gute Beziehungen zu den Parteien des linken politischen Flügels, wenngleich keine natürliche Verbindungen zwischen ihnen bestehen. Gleiches gilt zum Großteil für die rechten Gewerkschaften und die Parteien des rechten politischen Flügels. Die Gewerkschaften verstehen sich gut darauf Massenprotes-

te zu organisieren, welche durchaus Auswirkungen auf gesellschaftliche und politische Belange im weitesten Sinne haben können. So kam ihnen beispielsweise eine tragende Rolle zu als sie die Menschen im Zeitraum zwischen 2002 und 2004 dazu mobilisierten, für die Wiedervereinigung der Insel und den EU-Beitritt zu demonstrieren. Dies stellte eine herausragende Leistung dar, die dauerhafte Auswirkungen auf die politische Szene haben sollte, auch wenn die Wiedervereinigung und die EU-Mitgliedschaft letztendlich aufgrund des Neins der griechisch-zypriotischen Volksgruppe im Rahmen der Volksabstimmung von 2004 nicht verwirklicht werden konnten. Schließlich wurde die Insel doch als Ganzes Teil der EU und die Parteien, die sich für die Wiedervereinigung aussprachen, gelangten erstmals als starke Koalitionspartner an die Macht. Infolgedessen konnten die Kandidaten der Parteien der Wiedervereinigungsbewegung in der Zeit zwischen 2005 und 2015 zweimal die Präsidentschaftswahlen gewinnen.

Dennoch hat die Fähigkeit der Gewerkschaften eine nachhaltige Wirkung auf die Wirtschaftspolitik zu erzielen, einen historischen Tiefpunkt erreicht. Es lässt sich durchaus behaupten, dass diese Fähigkeit während des letzten Jahrzehnts, angesichts des zunehmenden Einflusses des Neoliberalismus in Form von Sparprogrammen, die Ankara mit zunehmender Entschlossenheit durchgesetzt hat, weiter abgenommen hat. Anfangs war es die Gewerkschaftsplattform, welche Gewerkschaften aller politischen Richtungen in den Jahren 2010 und 2011 vereinte und die Öffentlichkeit gegen diese Politik mobilisierte. Allerdings war sie nicht in der Lage, die Umsetzung der Sparmaßnahmen zu stoppen.

Die einzige positive Entwicklung für das Jahr 2018 ist der Anstieg der Zahl der Gewerkschaftsmitglieder im Mediensektor. Dieser ist dank eines neuen Systems zu verzeichnen, das im Juli 2018 vom Arbeitsministerium eingeführt wurde. Im Prinzip gewährt dieses System jenen Medienunternehmen, von denen ein Kollektivvertrag unterzeichnet wird, befristete finanzielle Anreize; so werden über einen Zeitraum von 36 Monaten die Sozialversicherungs- und Vorsorgebeiträge der tarifgebundenen Mitarbeiter_innen vom Staat gezahlt. Die Finanzierung dieses Systems erfolgt aus einem anderen Programm, welches darauf ausgerichtet ist, die Beschäftigung türkisch-zypriotischer Staatsbürger_innen im privaten Sektor zu fördern und umfasst daher keine ausländischen Arbeitnehmer_innen. Dank dieses Systems wurden Kollektivverträge mit mehreren großen Medienunternehmen unterzeichnet, darunter auch Kibris, der größten privaten Medienanstalt im Nordteil Zyperns.

Untersuchungen und Umfragen zufolge ist es um die Gewerkschaften nicht gut bestellt. Laut einer vierteljährlichen Umfrage des Zentrums für Migrations-, Identitäts- und Rechtsforschung (Center for Migration, Identity and Rights Studies – CMIRS) zählen sie gemeinsam mit dem Parlament, politischen Parteien, religiösen Einrichtungen und Finanzinstituten zu jenen Institutionen, denen das geringste Vertrauen entgegengebracht wird. Dabei lag die durchschnittliche Bewertung der Gewerkschaften 2018 bei 2,47 (von insgesamt 5) Punkten, während die Durchschnittswerte der politischen Parteien, des Parlaments, der Finanzinstitute und religiöser Einrichtungen

2,17; 2,5; 2,55 und 2,49 betragen. Zu den Einrichtungen, denen man allgemein am meisten vertraute, zählten hingegen die Polizei (3,37), der Staatspräsident (3,28) und das Justizsystem (3,27). Einer anderen Untersuchung zufolge, die ebenfalls 2018 vom Finanzministerium durchgeführt wurde, gaben 41,6 % der Befragten an, dass sie den Gewerkschaften ganz und gar nicht vertrauten, während 13 % erklärten, dass sie ihnen voll und ganz vertrauten. Das Vertrauen zum Parlament und zur Regierung war allerdings noch geringer: 51 % der Befragten gaben an, dass sie der Regierung ganz und gar nicht vertrauten, während der Anteil der Personen, die keinerlei Vertrauen zum Parlament hatten, bei 53 % lag.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.